

Stellungnahme der Regionalgruppe Berlin-Brandenburg zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg (LEP BB), Stand: Dezember 2008¹

Zunächst herzlichen Dank für die Einladung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr des Abgeordnetenhauses von Berlin, eine Stellungnahme zum LEP BB abzugeben. Im Sinne dieses Gremiums konzentrieren wir uns dabei auf die Aspekte, die sich aus dem LEP BB vor allem für die Entwicklung des engeren Berliner Umlandes ergeben.

Für die räumliche Entwicklung im Land Berlin selbst ist der LEP BB nur von untergeordneter Bedeutung, hier ist der Flächennutzungsplan das maßgebliche Planungsinstrument. Bezüglich der Wirkungen in den Regionen Brandenburgs ist der LEP BB im Rahmen des Erarbeitungsverfahrens bereits einer breiten fachlichen Kritik unterzogen worden, auf die wir an dieser Stelle verweisen.

- Aus planungssystematischer Sicht ist es zu begrüßen, dass sich die Landesentwicklungsplanung auf die Maßstabebene zurückzieht, die ihr im deutschen Planungsrecht zugeordnet ist.
- Sie ordnet sich damit in die drei Ebenen des deutschen Planungssystems ein, mit einer Rahmensetzung auf der Ebene der Länder, der verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Planungshoheit und der dazwischen angesiedelten Ebene der Regionalplanung, die – im Sinne des Gegenstromprinzips – den Ausgleich zwischen beiden Ebenen herstellt. In diesem Sinne setzt der LEP BB einen Rahmen, der einer Konkretisierung und Ausfüllung durch die Regionalplanung bedarf.
- Eine abschließende Bewertung des LEP BB hinsichtlich der Steuerung der räumlichen Entwicklung im Berliner Umland wird vor allem davon abhängen, ob es gelingt, das durch den Rückzug der Landesplanung entstandene Vakuum auf der Maßstabebene 1:100.000 – 1:50.000 zügig auszufüllen. Hierfür sehen wir drei grundsätzliche Optionen:
 - Aufstellung regulärer Regionalpläne innerhalb der Grenzen der fünf Planungsregionen in Brandenburg
 - Aufstellung räumlicher Teilpläne für die Teile der Brandenburger Planungsregionen, die das Berliner Umland betreffen
 - Aufstellung eines regionalen Flächennutzungsplans für das Berliner Umland, der ggf. mit der Gründung eines Umlandverbandes zu verbinden wäre.
- Allen drei Optionen ist gemeinsam, dass unbedingt zusätzliche Ressourcen in Form von Personal und finanziellen Mitteln bereitgestellt werden müssen, die eine effiziente Bearbeitung der anstehenden Aufgaben ermöglichen. Jede der genannten Optionen ist – in abgestufter Form – mit einem zusätzlichen Koordinationsaufwand verbunden, der von den Regionalen Planungsstellen in ihrer derzeitigen personellen Ausstattung nicht zufrieden stellend abgedeckt werden kann.

¹ A.d.V.: Aufgrund des sehr späten Zeitpunkts der Anhörung zum Abschluss des Erarbeitungsverfahrens bezieht sich diese – mündlich vorgetragene – Stellungnahme ausschließlich auf die Schlussfolgerungen aus dem LEP BB. Die Kritik am Plan selbst ist in den umfangreichen Stellungnahmen nachlesbar, die im Zuge des Erarbeitungsverfahrens eingereicht wurden.

- Dies bezieht sich zum einen auf die Ordnungsfunktion der Regionalplanung, die im Berliner Umland von besonderer Bedeutung ist. Dazu kommt eine mögliche Entwicklungsfunktion der Regionalplanung, für die es im LEP BB zwar Anhaltspunkte gibt (Kulturlandschaften, Regionalparks), die aber bis heute nicht klar in den rechtlichen Grundlagen der Regionalplanung verankert wurde.
- Das Postulat einer besseren Ausstattung der Regionalplanung richtet sich an die zuständigen Häuser in beiden Ländern, an das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung in Brandenburg ebenso wie an die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Viele Berliner Bezirke arbeiten bereits heute eng mit den angrenzenden Kommunen Brandenburgs z.B. in den kommunalen Nachbarschaftsforen zusammen. Es liegt also im vitalen Interesse Berlins, rasch eine Klärung herbeizuführen,
 - welche der skizzierten Optionen bei der Regionalplanung im Berliner Umland verfolgt wird
 - und wie die gewählte Option mit den erforderlichen Ressourcen umgesetzt werden kann.
- Angesichts der heutigen Schwäche der Regionalplanung in Brandenburg, deren Handlungsspielraum in der Vergangenheit immer wieder eingeengt wurde, handelt es sich hierbei eindeutig um eine Forderung, die an den politischen Raum gerichtet ist.
- Gelingt es, die Regionalplanung wirksam zu stärken und in die Lage zu versetzen, ihrem Konkretisierungsauftrag nachzukommen, wird die heute überwiegend kritische Bewertung des LEP BB zumindest zum Teil ausgeglichen werden können.
- Gelingt dies nicht, dürften die Kritiker des LEP BB Recht behalten und unerwünschte Entwicklungen werden zumindest nicht abnehmen.

Berlin, den 02.03.2009

Regionalgruppe Berlin-Brandenburg der SRL
Martin Reents